

Steuererhöhung stoppen – Familien entlasten

Ob Steuern, Strom oder Mieten – alles wird teurer

Bereits zum zweiten Mal innerhalb von drei Jahren werden SPD und Grüne die Grunderwerbsteuer erhöhen. Im Vergleich zu 2011 ist das fast eine Verdopplung. Mit 6,5 Prozent steht NRW bundesweit an der Spitze. Die FDP hatte die Landesregierung bereits im vergangenen Jahr dazu aufgefordert, den Bürgerinnen und Bürgern reinen Wein einzuschenken – denn es war zu befürchten, dass Rot/Grün eine erneute Steuererhöhung in Nordrhein-Westfalen beabsichtigt.

Wer ein Eigenheim für 250.000 Euro kaufen möchte, muss zukünftig 16.250 Euro Grunderwerbsteuer zahlen. Notar- und andere Nebenkosten kommen hinzu. Junge Familien, die sich mit dem Erwerb von Eigentum eine Zukunft aufbauen wollen, müssen den Preis für die finanzpolitischen Versäumnisse der Regierung zahlen.

Betroffen sind alle Bürgerinnen und Bürger: Höhere Kosten werden von den Vermietern indirekt weitergegeben. Während Ministerpräsidentin Kraft in Sonntagsreden die Vermögensschiere in unserem Land beklagt, sorgt sie selber dafür, dass die Menschen insgesamt weniger haben. Ob Steuern, Strom oder Mieten: Im rot-grünen Nordrhein-Westfalen wird alles teurer.



Moralischer und finanzpolitischer Offenbarungseid

FDP-Fraktionschef Christian Lindner bezeichnet die Pläne von SPD und Grünen als finanzpolitischen Offenbarungseid: „Die vor der Kommunalwahl wild geleugnete Erhöhung der Grunderwerbsteuer kommt nun doch. Wer in Zeiten von Rekorderlösen und Niedrigzinsen die Steuern erhöhen muss, der kann mit Geld nicht umgehen.“

Neben dieser Steuererhöhung trägt die Landesregierung von Hannelore Kraft auch an anderer Stelle dazu bei, dass die Lebenshaltungskosten für die Bürgerinnen und Bürger steigen: Der Strom wird teurer, weil der Ausbau der Erneuerbaren Energien in NRW befördert und mit hohen Subventionen angetrieben wird. Mit der Mietpreisbremse werden Investitionen in Wohnungsimmobiliën ausgebremst. Und weil das Land die Kommunen mit ihren Finanzproblemen im Stich lässt, ist es in einigen Städten innerhalb weniger Jahre fast zu einer Verdopplung der Grundsteuer gekommen.

SPD und Grüne haben sich bisher davor gedrückt, echte Einsparungen zu beschließen und den Verwaltungsapparat zu verkleinern. Weil NRW eine Rekordverschuldung von über 130 Milliarden Euro aufgetürmt hat, sollen jetzt alle Bürgerinnen und Bürger erneut zur Kasse gebeten werden. Diese Politik ist unsozial.

Die FDP arbeitet dafür, einen grundlegenden Kurswechsel durchzusetzen: Die Steuererhöhung stoppen, das EEG abschaffen und Investitionen in Wohnungen ermöglichen. Dazu gehört der Vorschlag, dass die Kosten für energetische Modernisierungsmaßnahmen steuerlich abgeschrieben werden können. So sollen Investitionen angeregt werden. Dieses Vorhaben scheitert aber leider bisher am Widerstand der rot-grünen Länder im Bundesrat. Außerdem wollen die Liberalen den Wohnungsbau durch bessere steuerlicher Abschreibungsmöglichkeiten ankurbeln – namentlich durch die Wiedereinführung der degressiven Absetzung für Anlagen (AfA).

- Lindner: Moralischer und finanzpolitischer Offenbarungseid
- Antrag der FDP-Fraktion: Keine weitere Erhöhung der Grunderwerbsteuer zu Lasten junger Familien
- FDP Position 1/2014: Wohnungsmarkt fair gestalten

Meinungen und Kommentare zu den Steuererhöhungsplänen

„Die Dreistigkeit, mit der Rot/Grün im Hauruck-Verfahren erneut die Grunderwerbsteuer anheben will, macht sprachlos. Bis zuletzt hat die NRW-Koalition geleugnet, dass eine höhere Steuer auf der Agenda steht.“ **Wilfried Goebels: Unverzeihlicher Vertrauensbruch** ■ Westfalenpost vom 29. Oktober 2014

„Man suggeriert, damit Immobilienspekulanten zu treffen, die massenweise Häuser an- und verkaufen - und dabei die Mieten für die armen Bewohner in die Höhe treiben. Das ist in den meisten Fällen jedoch ausgemachter Propaganda-Quatsch.“

Christian Ramthun: Die Länder sind gierig, Familien müssen leiden

■ Wirtschaftswoche vom 29. Oktober 2014

„Die drastisch erhöhte Grunderwerbsteuer wird den Familien den Sprung von der Mietwohnung ins Eigenheim erschweren, behindert die berufliche Mobilität und bestraft den Immobilienerwerb zur Altersvorsorge.“ **Geplante Erhöhung der Grunderwerbsteuer in NRW schadet der Konjunktur und macht die Immobilienbranche fassungslos** ■ Immobilienverband Deutschland - Region West

Geschwätz vom gestern

■ *„Es steht aktuell nicht auf der Tagesordnung.“* - Michael Hübner (SPD), Landtagsdebatte am 20.2.2014

■ *„Ich kann Ihnen sagen: Die Landesregierung hat keine Pläne.“* - Finanzminister Walter-Borjans (SPD) in der Landtagsdebatte am 20.2.2014

■ *„Für eine Erhöhung der Grunderwerbsteuer habe ich keine Pläne in der Schublade.“* - Finanzminister Walter-Borjans (SPD) im Interview mit der Rheinischen Post am 30.07.2014

■ **Am 28.10.2014 beschließen SPD und Grüne, die Grunderwerbsteuer erneut anzuheben.**